

## **Identitätspolitik: Partizipative Forschungsgovernance und das Problem der Autonomie der Forschung**

Von Simon Pfersdorf und Stefan Böchen (beide ITAS, KIT)

In den vergangenen zwanzig Jahren wurde immer stärker auf die Bedeutung verwiesen, welche Rollen zivilgesellschaftliche Akteure bei der Governance von Forschung einnehmen können – und sollen (Epstein 1996; jüngst: Wehling/Viehöver 2013). Dieser Trend zur Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure hat in der Zwischenzeit eine hohe wissenschaftspolitische Bedeutung erlangen können, da diese in Forschungsprogrammen der EU nicht nur gegenwärtig erwünscht wird, sondern gerade auch in der Vorbereitung auf das Programm Horizon 2020 in allen Wissenschaftskontexten generalisiert werden soll. Partizipation ist Trumpf, doch was heißt das in der Konsequenz für die Forschung? Unsere These ist, dass durch zivilgesellschaftliche Partizipation Praktiken der Identitätspolitik eine wachsende Bedeutung erlangen. Entweder bewahren Forscher ihren Freiraum durch eine klar definierte Trennung von der Zivilgesellschaft oder sie passen ihr Handeln bis hin zur Veränderung von Evidenzkriterien an die externen Erwartungen an. Vor diesem Hintergrund ist es aufschlussreich, Praktiken der Identitätspolitik in partizipativen Forschungsprojekten zu untersuchen und dabei die spezifischen Konsequenzen für die Autonomie der Forschung als zentralen Wert der Selbst- und Fremdregulation von Forschungsgemeinschaften zu identifizieren.

Im Rahmen des Vortrags sollen Ergebnisse aus einem laufenden EU-Projekt (CONSIDER) vorgestellt werden, welches das Ausmaß und die Form der Governance-Wirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen vor allem in FP-7-Projekten untersucht und mit ausgesuchten anderen Projektformen kontrastiert. Vor diesem Hintergrund werden wir zum einen ein so genanntes ‚Community-Based Research Projekt, vorstellen, das sich in Amerika nach einer Umweltkatastrophe gebildet hat. Hierbei zeigt sich, wie die jeweiligen Ansprüche von Wahrung der Autonomie (auf Seiten der betroffenen zivilgesellschaftlichen Gemeinschaft wie auf Seiten der Forschung) zu einer spezifischen Begrenzung der Autonomie der Forschung führen. Zum anderen kontrastieren wir diese Befunde mit Ergebnissen aus einem Projekt, das sich der Partizipation von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Innovationsprozess angenommen hat. Hier zeigt sich die umgekehrte Dynamik zum ersten Fall. Erklärt werden kann dieser Befund über die selektive Nutzbarkeit symbolischer Ressourcen für die Identitätspolitik der beteiligten Gruppen.

### Literatur

Epstein, S. (1996): *Impure Science. AIDS, Activism, and the Politics of Knowledge*. Berkeley.

Wehling, P.; Viehöver, Willy (2013): „Uneingeladene“ Partizipation der Zivilgesellschaft – ein kreatives Element der Governance von Wissenschaft. In: Grande, E. et al. (Hrsg.): *Neue Governance der Wissenschaft: Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung*. Bielefeld: transcript (im Erscheinen).